

November 2017

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Rückhalt für „Jamaika“-Koalition sinkt.....	3
Mehrheit hält „Jamaika“ für wahrscheinlich.....	5
Falls „Jamaika“ scheitert: Lieber Neuwahl als CDU/CSU-Minderheitsregierung.....	6
Kritische Sicht auf die Rolle der CSU und Horst Seehofer	7
Politikerzufriedenheit: Seehofer und Merkel mit deutlichen Verlusten.....	8
Sonntagsfrage: Union schwächer als im Vormonat, FDP und Grüne etwas stärker.....	9
Mehrheit für Abschaffung des Solidaritätszuschlags.....	10
28 Jahre nach dem Mauerfall: Breite Mehrheit zufrieden mit der Entwicklung in Deutschland	11
28 Jahre nach dem Mauerfall: Immer noch Unterschiede zwischen West und Ost	12

ARD – DeutschlandTREND November 2017

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.005 Befragte Sonntagsfrage: 1.505 Befragte	
Erhebungszeitraum	6. bis 7. November 2017 Sonntagsfrage: 6. bis 8. November 2017	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Aus der ersten Runde der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen über die Bildung einer Regierungskoalition sind bisher wenig konkrete Ergebnisse nach außen gedrungen. Mit der Länge der Verhandlungsdauer sinkt die Zustimmung zu einem schwarz-gelb-grünen Bündnis (45 Prozent, -12 Punkte im Vergleich zu Anfang Oktober). Insbesondere im Lager der Grünen ist dabei eine deutliche Ernüchterung festzustellen (55 Prozent, -21). Dennoch gehen zwei Drittel der Deutschen (68 Prozent) weiterhin davon aus, dass ein Bündnis der vier Parteien zustande kommen wird - auch wenn sie in dieser Frage etwas weniger zuversichtlich als noch im Oktober sind (-7 Prozentpunkte). Falls sich Union, FDP und Grüne nicht auf die Bildung einer Regierungskoalition verständigen können, plädiert eine Mehrheit der Bürger (75 Prozent) für Neuwahlen, eine Minderheitsregierung der Union stößt auf deutlich weniger Zustimmung (20 Prozent).

Bei den laufenden Sondierungsgesprächen sind auch deutliche Differenzen zwischen den beiden Schwesterparteien der Union zu Tage getreten. Vor diesem Hintergrund werden die CSU und Horst Seehofer tendenziell kritisch beurteilt: Gut die Hälfte der Bürger (56 Prozent, +7) kritisiert, dass die CSU unverhältnismäßig viel Macht in der Union hat. Sechs von zehn Bürgern (62 Prozent) sind der Meinung, dass sich Seehofer nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen von seinen politischen Ämtern zurückziehen sollte. Und auch in der CSU-Anhängerschaft muss Seehofer um seinen Rückhalt kämpfen: Zwar lehnt eine Mehrheit der eigenen Anhänger einen Rückzug Seehofers ab, immerhin vier von zehn CSU-Anhängern plädieren aber für eine Aufgabe seiner politischen Ämter.

Bei der Bewertung der Politikerzufriedenheit schneiden die beiden Chef-Unterhändler der Union deutlich schlechter ab als vor vier Wochen. Mit dem Wirken von CDU-Chefin Angela Merkel sind derzeit 57 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden - eine Ansehensverlust von 6 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat. Der CSU-Vorsitzende Seehofer muss ein Minus von 8 Punkten hinnehmen und erreicht noch 28 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung. Den Spitzenplatz hat wie im Vormonat der neu gewählte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (69 Prozent) inne, auf Platz 3 liegt der Grüne-Parteivorsitzende Cem Özdemir (54 Prozent, +1).

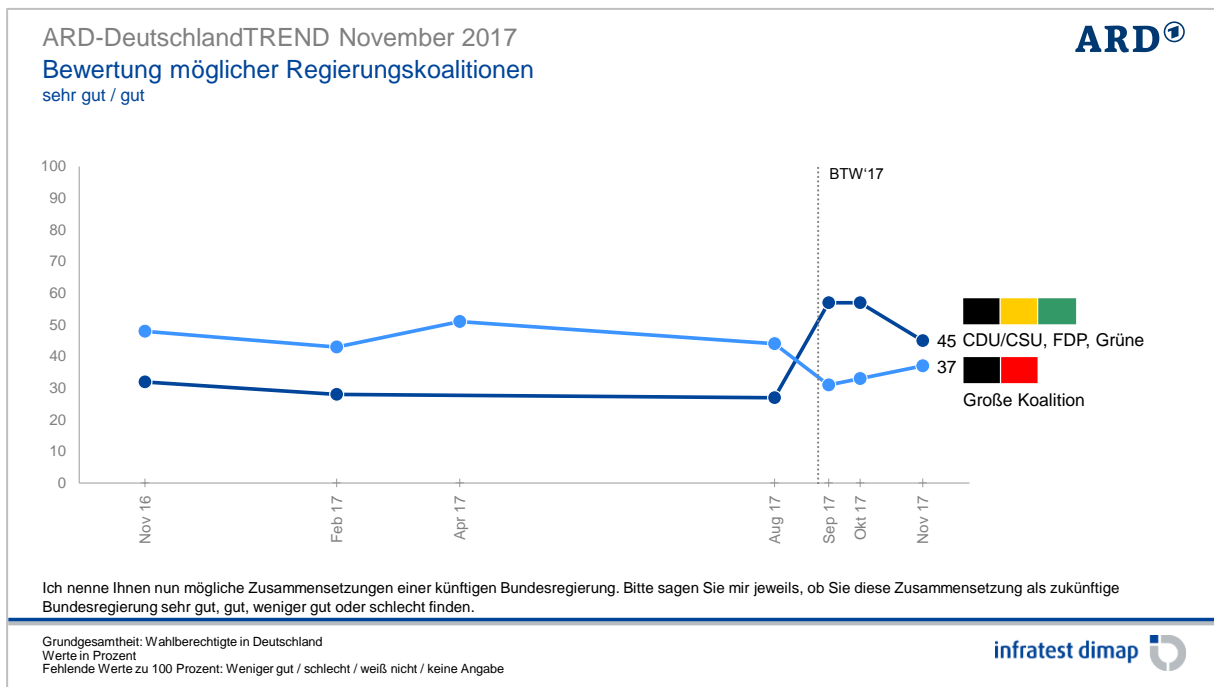
Die rückläufige Zufriedenheit mit den Chef-Sondierenden der Union spiegelt sich auch in der politischen Stimmung. Derzeit könnte die Union mit 30 Prozent der Stimmen rechnen, ein Minus von 2 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat. FDP und Grüne können sich hingegen leicht verbessern und kämen auf aktuell auf 12, bzw. 11 Prozent (jeweils +1 Prozentpunkt). Für die Sozialdemokraten würden sich aktuell 21 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden (+1). Zulegen könnte auch die AfD, die mit derzeit 13 Prozent (+2 Prozentpunkte) ihr Wahlergebnis bestätigen würde. Die Linke hätte mit leichten Verlusten derzeit 9 Prozent in Aussicht (-1 Prozentpunkt).

Am 9. November jährt sich der Fall der Mauer zum 28. Mal. Mit der Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung ist eine deutliche Mehrheit der Bürger (79 Prozent) sehr oder überwiegend zufrieden, 19 Prozent bewerten die Entwicklung hingegen kritisch. Trotz der insgesamt positiven Entwicklung, bestehen nach mehrheitlicher Ansicht (57 Prozent) immer noch große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, 40 Prozent sehen eher kleine oder keine Unterschiede.

In den aktuellen Sondierungsgesprächen pocht insbesondere die FDP auf der Streichung des Solidaritätszuschlags. Dieser Forderung folgt die Hälfte der Bundesbürger (51 Prozent), ein weiteres knappes Drittel (29 Prozent) ist nur für eine Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommensgruppen. Ein knappes Fünftel (18 Prozent) möchte den „Soli“ hingegen unverändert beibehalten. Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

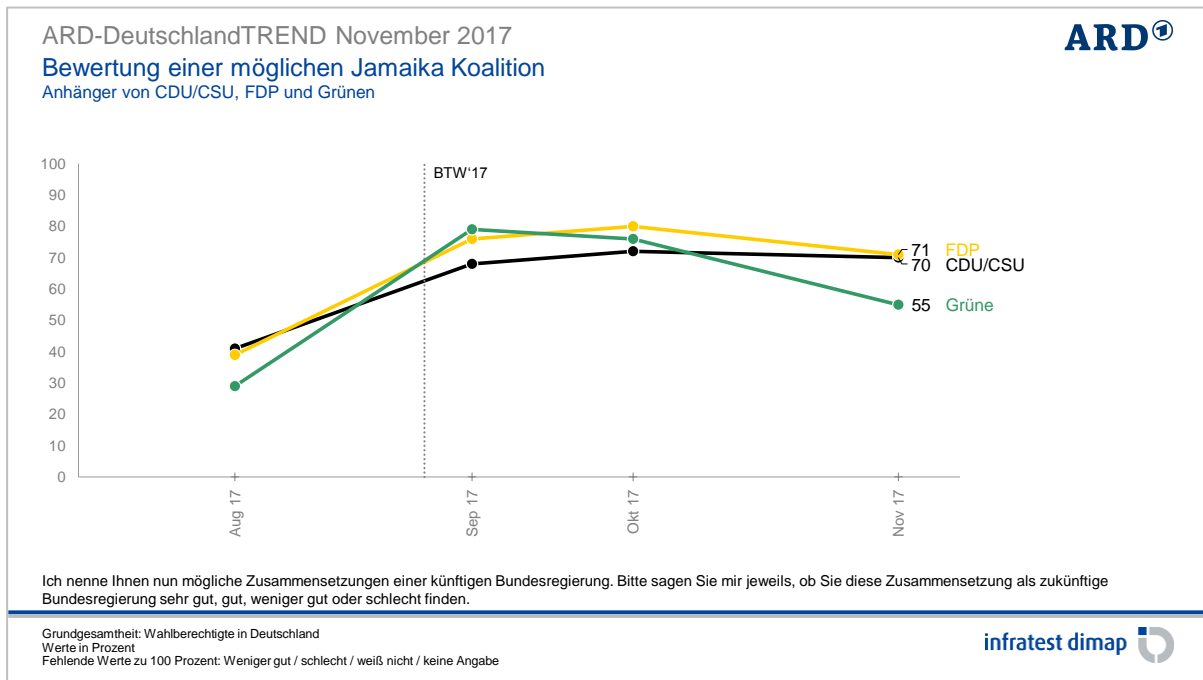
Rückhalt für „Jamaika“-Koalition sinkt

Aus der ersten Runde der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen über die Bildung einer Regierungskoalition sind bisher wenig konkrete Ergebnisse nach außen gedrungen. Mit der Länge der Verhandlungsdauer sinkt die Zustimmung zu einem schwarz-gelb-grünen Bündnis (45 Prozent, -12). Im Vergleich zu Oktober, als sich noch eine Mehrheit der Bundesbürger „Jamaika“ positiv beurteilte, äußert sich aktuell eine knappe Mehrheit kritisch (52 Prozent, +12).



Deutlicher als vor vier Wochen tritt die unterschiedliche Bewertung in West- und Ostdeutschland zu Tage: Während knapp die Hälfte der Westdeutschen (48 Prozent) eine Realisierung von „Jamaika“ begrüßen würde, kann sich nur ein Drittel der Ostdeutschen (32 Prozent) für ein solches Bündnis erwärmen.

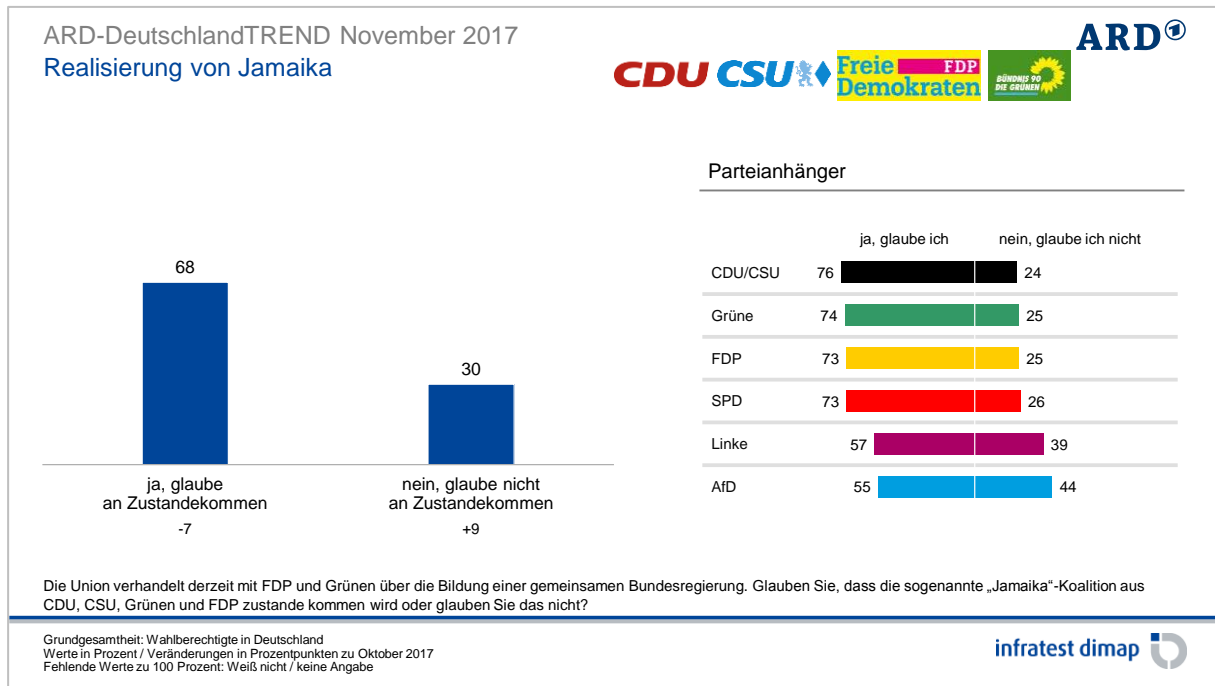
Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt, dass es angesichts der bisherigen Verhandlungen zwischen den vier Parteien insbesondere im Lager der Grünen eine deutliche Ernüchterung gibt. Derzeit bewerten 55 Prozent der Grünen-Anhänger eine „Jamaika“-Koalition positiv – ein Rückgang von 21 Punkten binnen vier Wochen. Dabei ist das Signal zur Verhandlungsbereitschaft der Grünen im Bereich der Klimapolitik am Dienstag dieser Woche kaum in dieses Urteil eingeflossen. Die Anhänger der Unions-Parteien (70 Prozent, -2) und der FDP (71 Prozent, -9) stehen hingegen weiterhin mit großer Mehrheit hinter „Jamaika“.



Trotz der größeren Skepsis stößt das Vier-Parteien-Bündnis auch weiterhin auf größere Zustimmung als die rechnerisch ebenfalls mögliche Große Koalition aus Union und SPD. Ein gutes Drittel der Wahlberechtigten (37 Prozent) äußert sich positiv zu einer Neuauflage der geschäftsführenden Regierungskoalition, 62 Prozent fänden eine Fortsetzung von Schwarz-Rot hingegen weniger gut oder gar schlecht. Die Große Koalition, die vor der Bundestagswahl noch durchgängig besser als Dreierkonstellationen bewertet wurde, ist aus Sicht der Bundesbürger zur Zeit keine überzeugende Alternative zu „Jamaika“.

Mehrheit hält „Jamaika“ für wahrscheinlich

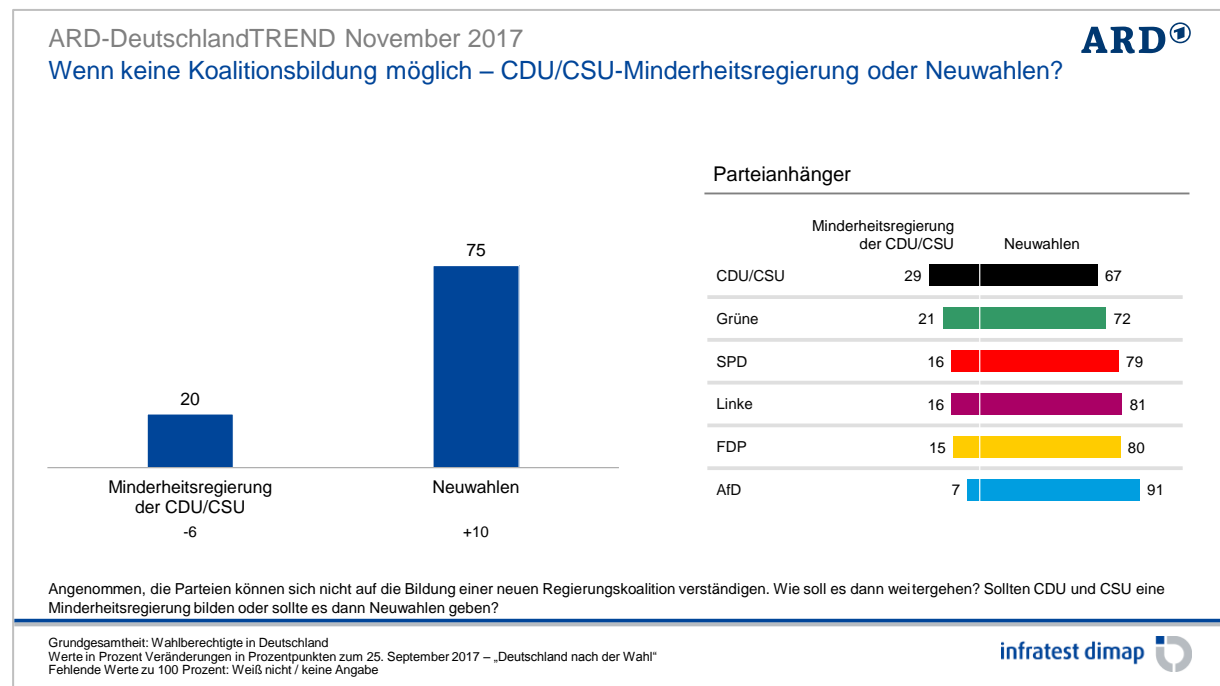
Zwei Drittel der Deutschen (68 Prozent) gehen weiterhin davon aus, dass ein Bündnis der vier Parteien zustande kommen wird, auch wenn die Bürger in dieser Frage etwas weniger zuversichtlich als noch im Oktober sind (-7 Prozentpunkte). Drei von zehn Bundesbürgern (30 Prozent) glauben daher nicht an ein Zustandekommen von „Jamaika“.



Insbesondere die Anhänger der an den Sondierungsgesprächen beteiligten Parteien, aber auch die Anhänger der SPD glauben an die Realisierung einer solchen Koalition. Die Anhänger der beiden kleineren Parteien sind merklich pessimistischer als im Vormonat: In Reihen der FDP ging der Anteil derer, die „Jamaika“ für wahrscheinlich halten, um 13 Prozentpunkte, bei den Wählern der Grünen um 10 Punkte zurück. Der Anteil der Unions-Anhänger, die einen Erfolg der Verhandlungen erwarten, ist in diesem Zeitraum nahezu unverändert geblieben.

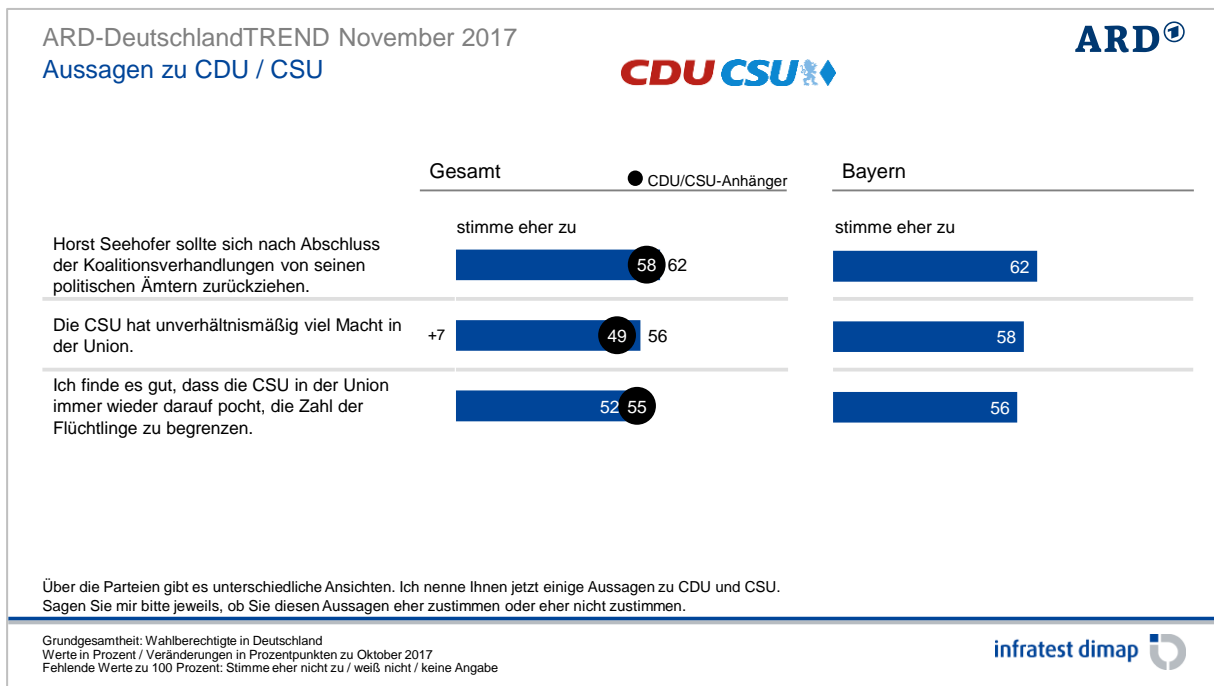
Falls „Jamaika“ scheitert: Lieber Neuwahl als CDU/CSU-Minderheitsregierung

Falls sich Union, FDP und Grüne nicht auf die Bildung einer Regierungskoalition verständigen können, wäre eine Minderheitsregierung der Union denkbare Option. Eine Dreiviertelmehrheit (75 Prozent) würde in diesem Fall aber für Neuwahlen bevorzugen, nur jeder Fünfte (20 Prozent) hält eine Minderheitsregierung der CDU/CSU für die bessere Lösung. Auch eine deutliche Mehrheit der Unions-Anhänger spricht sich einen erneuten Urnengang aus, falls „Jamaika“ scheitert.



Kritische Sicht auf die Rolle der CSU und Horst Seehofer

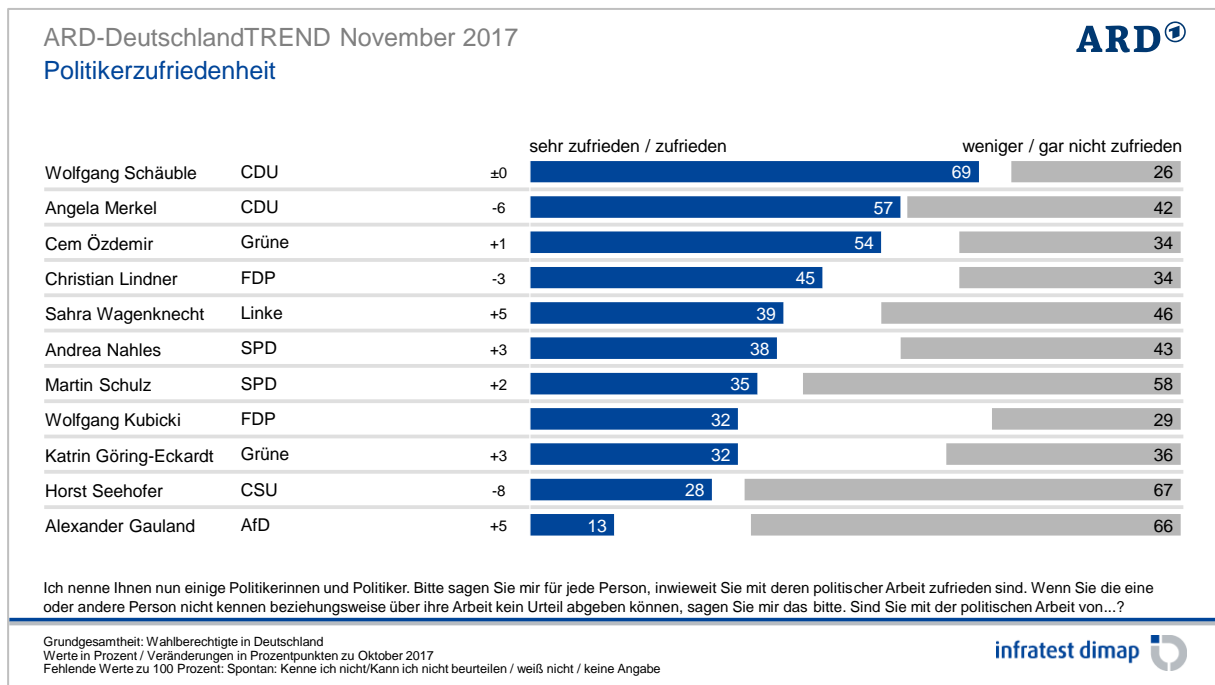
Bei den laufenden Sondierungsgesprächen treten auch erhebliche Differenzen zwischen den beiden Schwesterparteien der Union zu Tage. Hinzu kommt ein parteiinterner Machtkampf zwischen dem CSU-Vorsitzenden Seehofer und dem bayerischen Finanzminister Söder. Vor diesem Hintergrund bewerten die Deutschen die Rolle der CSU tendenziell kritisch: Mehr als die Hälfte der Bürger (56 Prozent) kritisiert, dass die CSU unverhältnismäßig viel Macht in der Union hat. Dieser Eindruck hat sich während der Sondierungsverhandlungen in den vergangenen Wochen nochmals verstärkt (+ 7 Prozentpunkte im Vergleich zu Oktober) und wird auch von jedem zweiten Unionsanhänger bestätigt. Darüber hinaus ist auch die Position des Parteivorsitzenden Horst Seehofer nicht unumstritten: Sechs von zehn Bürgern (62 Prozent) sind der Meinung, dass sich Seehofer nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen von seinen politischen Ämtern zurückziehen sollte – eine Meinung die in der bayerischen Bevölkerung gleichermaßen geteilt wird. In der CSU-Anhängerschaft muss Seehofer ebenfalls um seinen Rückhalt kämpfen: Zwar lehnt eine Mehrheit der eigenen Anhänger einen Rückzug Seehofers ab, immerhin vier von zehn CSU-Anhängern plädieren aber für eine Aufgabe seiner politischen Ämter.



Dass die CSU in der Union immer wieder darauf pocht, die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge zu begrenzen, stößt mehrheitlich auf Zustimmung (52 Prozent). Unter den Anhängern der CSU in Bayern wird dieser restriktive Ansatz in der Flüchtlingspolitik noch deutlicher begrüßt.

Politikerzufriedenheit: Seehofer und Merkel mit deutlichen Verlusten

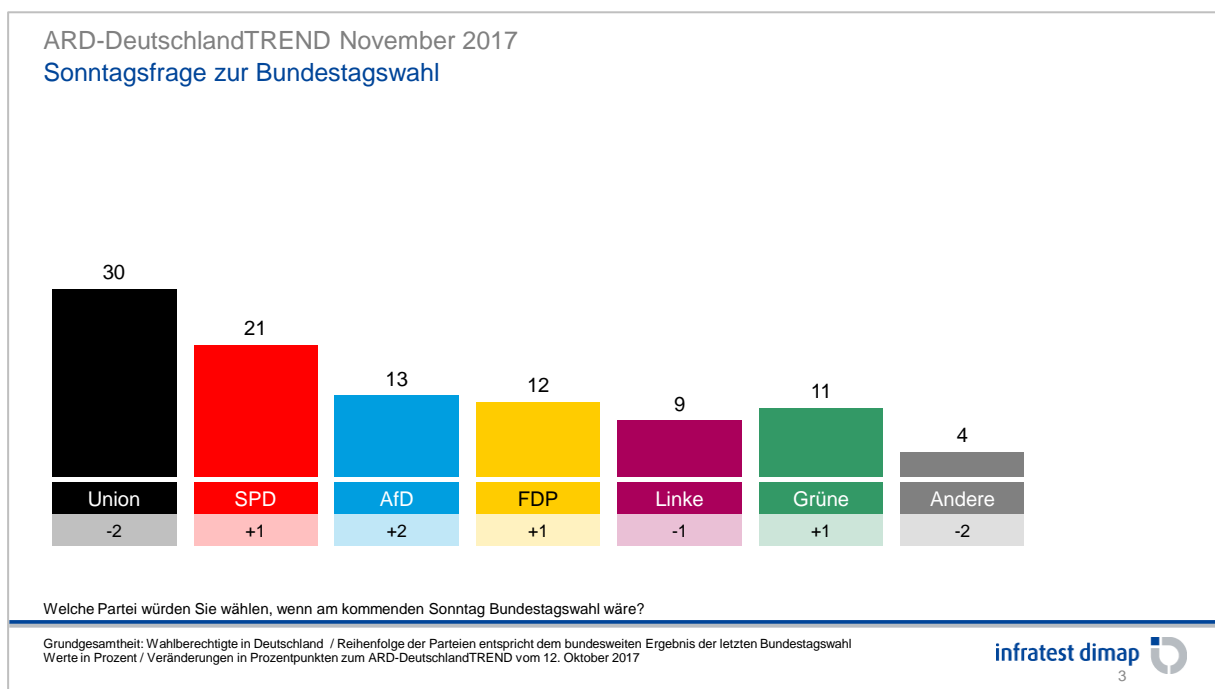
Der neu gewählte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ist wie im Vormonat der beliebteste Politiker und führt mit einer Zustimmung von 69 Prozent die aktuelle Rangliste an. Die beiden Chef-Unterhändler der Union schneiden bei der Bewertung ihrer politischen Arbeit aktuell deutlich schlechter ab als vor vier Wochen. Mit dem Wirken der CDU-Chefin sind derzeit 57 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden – ein Ansehensverlust von 6 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat. Der CSU-Vorsitzende muss ein Minus von 8 Punkten hinnehmen und erreicht nur noch 28 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung. Auch in Bayern ist sein Ansehen zurückgegangen. Auf Platz 3 hinter Merkel liegt der Grüne-Parteivorsitzende Cem Özdemir, der von gut der Hälfte der Bürger (54 Prozent, +1) für seine politische Arbeit gelobt wird und damit seinen Rekordwert aus dem September nur knapp verfehlt.



Das Mittelfeld wird angeführt von FDP-Chef Christian Lindner, der etwas geringeren Rückhalt als im Vormonat genießt (45 Prozent, -3). Auf den nächsten Plätzen folgen nahezu gleichauf die Fraktionsvorsitzende der Linken Sahra Wagenknecht (39 Prozent, +5) und die Fraktionsvorsitzende der SPD Andrea Nahles (38 Prozent, +3). Beide können sich im Vergleich zum Oktober verbessern. Dem Vorsitzenden der Sozialdemokraten spricht ihm aktuell ein gutes Drittel der Bevölkerung (35 Prozent, +2) ein Lob aus. Bei der Bewertung des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Wolfgang Kubicki (32 Prozent) und der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt (32 Prozent) halten sich Zustimmung und Ablehnung mit jeweils rund einem Drittel in etwa die Waage – fast ebenso viele können oder wollen sich über die beiden Politiker kein Urteil erlauben. Das Schlusslicht bildet der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland. Mit seiner politischen Arbeit sind zwei Drittel (66 Prozent) unzufrieden, 13 Prozent bewerten ihn positiv. Er kann sich damit gegenüber Oktober steigern (+5 Prozentpunkte).

Sonntagsfrage: Union schwächer als im Vormonat, FDP und Grüne etwas stärker

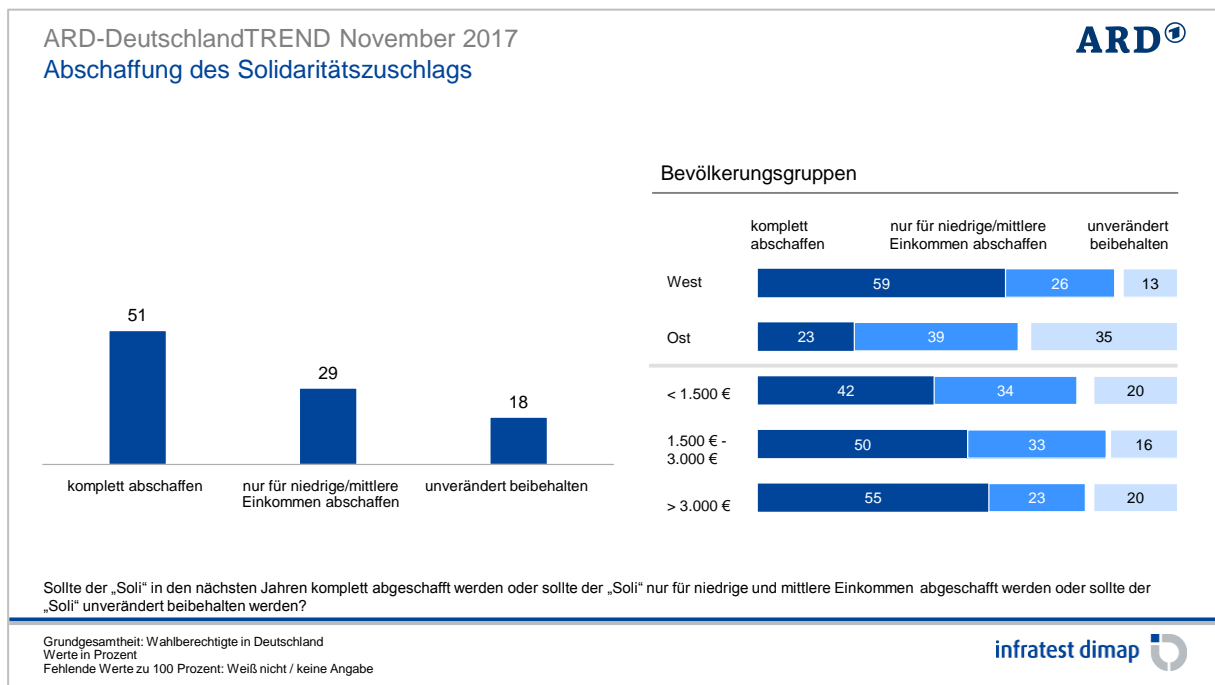
Die rückläufige Zufriedenheit mit dem Spitzenpersonal der Union spiegelt sich auch in der politischen Stimmung. Würden die Bundesbürger am nächsten Sonntag erneut an die Urnen treten, könnte die CDU/CSU mit 30 Prozent der Stimmen rechnen, ein Minus von 2 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat. Die beiden kleineren an den Sondierungsgesprächen beteiligten Parteien können sich leicht verbessern: FDP und Grüne legen jeweils um einen Prozentpunkt zu und kämen aktuell auf 12 bzw. 11 Prozent. Für die Sozialdemokraten würden sich aktuell 21 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden, ein Plus von einem Prozentpunkt. Zulegen könnte auch die AfD, die mit derzeit 13 Prozent (+2 Prozentpunkte) ihr Wahlergebnis bestätigen würde. Die Linke hätte mit leichten Verlusten derzeit 9 Prozent in Aussicht (-1 Prozentpunkt).



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Mehrheit für Abschaffung des Solidaritätszuschlags

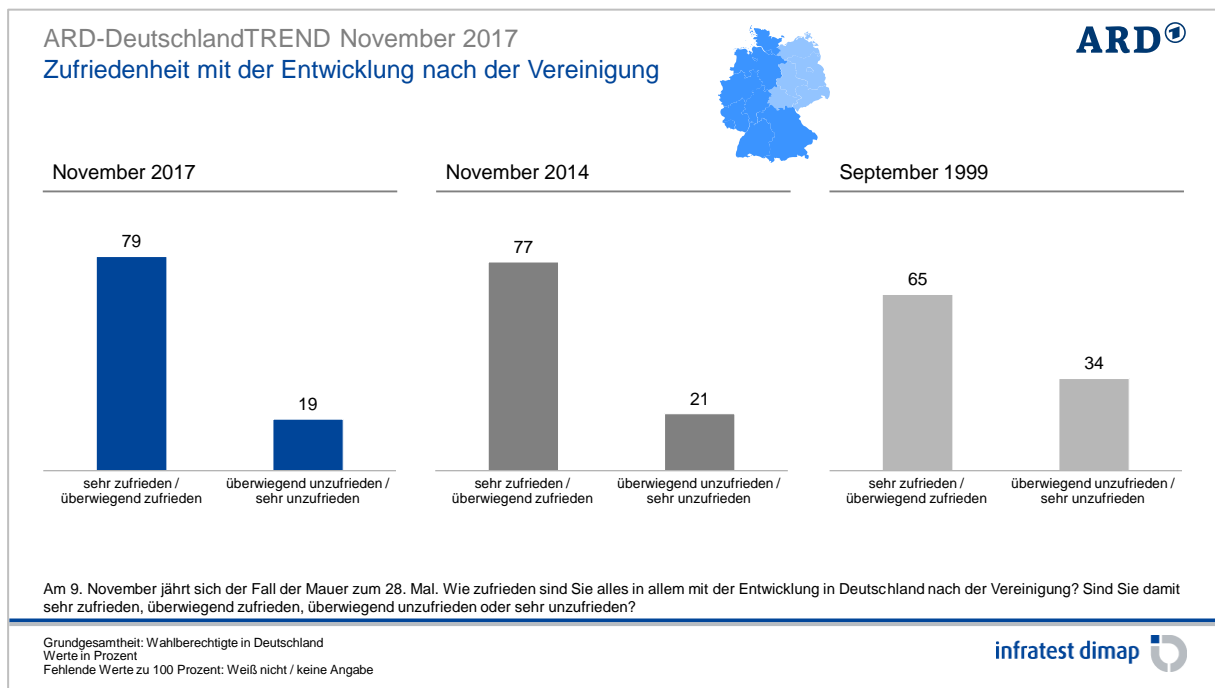
Der Solidaritätszuschlag wurde bei seiner Einführung insbesondere mit dem Ziel begründet, zusätzliche Mittel für die Finanzierung der deutschen Einheit zu schaffen. Seit Jahren wird allerdings über eine Abschaffung dieser Ergänzungsabgabe auf Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftsteuer diskutiert. Im Rahmen der aktuellen Sondierungsgespräche pocht insbesondere die FDP auf deren Streichung. Dieser Forderung folgt die Hälfte der Bundesbürger (51 Prozent), ein weiteres knappes Drittel (29 Prozent) plädiert nur für eine Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommensgruppen. Ein knappes Fünftel (18 Prozent) möchte den „Soli“ hingegen unverändert beibehalten – eine Forderung, die in den östlichen Bundesländern deutlich höhere Unterstützung (35 Prozent) als im Westen (13 Prozent) genießt.



Ein kompletter Verzicht auf den Solidaritätszuschlag findet bei den Beziehern höherer Einkommen mehr Rückhalt (55 Prozent) als in den niedrigen Einkommensgruppen (42 Prozent) sowie in besonderem Maße unter Anhängern der FDP (72 Prozent).

28 Jahre nach dem Mauerfall: Breite Mehrheit zufrieden mit der Entwicklung in Deutschland

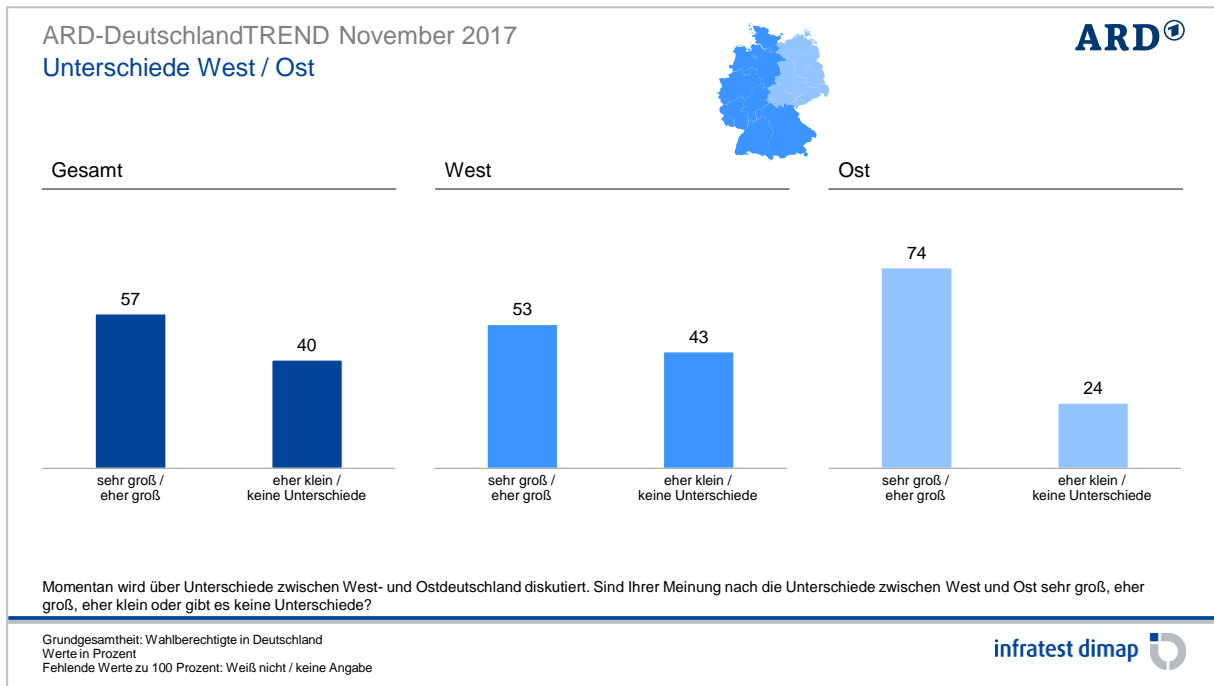
Am 9. November jährt sich der Fall der Mauer zum 28. Mal. Mit der Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung ist eine deutliche Mehrheit der Bürger (79 Prozent) sehr oder überwiegend zufrieden, 19 Prozent bewerten die Entwicklung hingegen eher kritisch. Im Vergleich zu 2014 ist die Zufriedenheit im gesamten Bundesgebiet leicht (+2 Prozentpunkte), im Osten deutlich (+7 Prozentpunkte) gestiegen.



Unter den Parteianhängern besteht die größte Zufriedenheit im Lager der FDP (88 Prozent) und der Union (86 Prozent). Auch bei den Anhängern der SPD (84 Prozent) und der Grünen (78 Prozent) überwiegt die Zufriedenheit mit dem Fortschritt in den letzten 28 Jahren deutlich. Etwas verhaltener fällt die Beurteilung unter Anhängern der Linken (66 Prozent) und vor allem der AfD (56 Prozent) aus.

28 Jahre nach dem Mauerfall: Immer noch Unterschiede zwischen West und Ost

Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung, bestehen nach mehrheitlicher Ansicht (57 Prozent) immer noch Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland: 43 Prozent der Bürger bewerten die Diskrepanz zwischen West und Ost als eher groß, weitere 14 Prozent sogar als sehr groß. Demgegenüber sehen 36 Prozent eher kleine, 4 Prozent keine Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern.



Auffällig ist, dass aus ostdeutscher Perspektive deutlich häufiger (74 Prozent) Unterschiede wahrgenommen werden als aus westdeutscher (53 Prozent).

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert